



Pressemitteilung

Mit der Bitte um Veröffentlichung

**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft**
Landesverband Bremen
Bahnhofsplatz 22 - 28
28195 Bremen

Tel.: 0421 - 33 76 40
Fax: 0421 - 33 76 430
Internet: www.gew-hb.de
e-Mail: info@gew-hb.de

Ansprechperson: Christian Gloede
Tel.: 0174/9790755

23.01.2012

GEW begrüßt Senatsbeschluss zum Aufheben der bremischen Regelung zum „Radikalenerlass“ – GEW- Veranstaltung am 6.2.2012

Am 28. Januar 2012 jährt sich zum 40. Mal der von den Ministerpräsidenten beschlossene „Radikalenerlass“. In Bremen wie auch in der gesamten BRD begann damit die beispiellose Politik der Berufsverbote mit der offenen und versteckten politischen Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst und der dort Beschäftigten. In der Folge kam es zu vielen Ablehnungen und Entlassungen. Ein Klima der Furcht wurde erzeugt. Angepasste Staatsdiener waren das Ziel dieser Politik.

Der Bremer Senat hat am 17.01.2012 die bisherige bremische Regelung zum Radikalenerlass aufgehoben. „Dieser Beschluss wird von der GEW Bremen ausdrücklich begrüßt“, betont dazu der GEW-Landesvorstandssprecher Christian Gloede. „Die GEW fordert Herrn Böhrnsen auf, das Thema auch in die Ministerpräsidentenkonferenz einzubringen, damit diese ihren damaligen Beschluss endlich aufheben“. Auch die materielle, moralische und politische Rehabilitierung müsse stattfinden, so Gloede weiter.

Aber: Eine politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur durch die Berufsverbotspolitik steht bis heute aus. Sie ist dringlicher denn je: Eine sogenannte „Extremismus“-Klausel, die sich auf die Ideologie und mehr als fragwürdigen Einschätzungen des „Verfassungsschutzes“ stützt, bedroht existenziell die wichtige Arbeit antifaschistischer, antirassistischer und anderer demokratischer Projekte und die in den letzten Monaten zu Tage getretenen „Verfassungsschutz“-Skandale haben gezeigt, wie tief der Inlandsgeheimdienst ideologisch und personell in die neonazistische Szene verstrickt ist.

Aus Anlass des 40. Jahrestages der Berufsverbote veranstaltet die GEW eine Diskussionsveranstaltung am Montag, 6. Februar 2012 um 19:00 Uhr im Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstraße 34.

Im Rahmen einer für alle offenen Diskussion diskutieren mit vom Berufsverbot Betroffenen Christian Gloede (GEW), Wolfgang Grotheer (SPD), Hermann Kuhn (Grüne) und der fachkundige Rechtsanwalt Gerd Baisch. Das Gespräch wird von Katja Barloschky moderiert.